

Sonntag, 11. Oktober 2020

Die aktuelle Position im Vorstand des BUND Kernen zur aktuell geführten Debatte um 5G, WLAN und CO.

Seitdem es technischen Fortschritt gibt streiten sich auch die Menschen darüber, ob er uns schadet und ob er uns sogar krank macht. Bei einer sichtbaren Gefahr ist es noch relativ einfach, subjektiv den Grad einer Gefährdung einzuschätzen. Fast unmöglich wird es bei unsichtbaren Gefahren wie der Strahlung. (So hieß es beispielsweise beim Aufkommen von Atomwaffen noch zunächst, man könne sich mit einer hochgehaltenen Aktentasche vor der Strahlung schützen!) Erst das Einbeziehen von wissenschaftlicher Erkenntnis kann dem Laien bei einer Antwort dann helfen. Aber, wie häufig bei wissenschaftlich geführten Diskussionen gibt es unterschiedliche Erkenntnisse und keinen Stillstand der Forschung.

Strahlung ist nicht gleich Strahlung und es macht einen Unterschied, ob es sich um einfache (niedrigwellige) Radiowellen für den Empfang eines Rundfunksenders handelt, oder um eine hochfrequente Strahlung für den Empfang von kompakten Datenmengen handelt. Und nicht alle Menschen sind gleich. So wie es mehr oder wenig kälteempfindliche oder lärmempfindliche Menschen gibt, so gibt es auch eine unterschiedliche Sensibilität der Menschen für Strahlung.

Für einen Umweltverband wie den BUND in Kernen ist es vor diesem Hintergrund schwer bis unmöglich für seine Mitglieder und die örtliche Politik eine verbindliche Aussage zu Grenzwerten bei den Themen 5G, WLAN und Mobilfunk treffen zu können. Eine selbstverständliche, manchmal unkritische Nutzung von Mobilfunk auf der einen Seite vor Augen, äußerst komplexe Ursachen für das Entstehen von Krankheiten auf der anderen Seite machen ratlos.

Es gibt Auswirkungen und reale Symptome, aber welche Ursachen können dafür konkret bestimmt werden? Es macht einen Unterschied, ob stundenlang ein Mobiltelefon an meinem Ohr hängt oder ob ich im Sekundenbereich mit meinem Fahrzeug durch ein hochfrequentes Antennensignal fahre. Auch Experten sind sich nicht einig, die von der Politik festgelegten Grenzwerte beruhen immer nur auf dem Stand der Forschung zu einem bestimmten Zeitpunkt. (Hinzu kommen noch unterschiedliche charakterliche Veranlagungen im Umgang mit Risiken). Es hilft am Ende nur der Appell an einen persönlich vorsichtig-restriktiven Umgang bei der Nutzung von strahlungsbasierter Technik und eine allgemein formulierte Forderung an die Politik nach mehr Forschung um Restrisiken auszuschließen. Vielleicht hat der vorsichtige, staatliche Umgang mit der Corona-Pandemie hier ein neues positives Beispiel gegeben.

Ausbau 5G: Fazit

Der Ortsverband teilt die allgemeine Einschätzung des Bundesverbandes:

In der öffentlichen Diskussion über das mobile Breitband 5G geht es primär um die Chancen für Wirtschaft und Industrie. Kaum thematisiert werden dagegen mögliche gesundheitliche Risiken, die mit dem Einsatz von 5G verbunden sein können. Aus Sicht des BUND muss die Bundesregierung die Gesundheit der Menschen endlich in den Blick nehmen. Weder sind die Wirkungen auf Risikogruppen wie Kinder ausreichend untersucht, noch lassen sich Aussagen von 5G-Befürwortern, dass es keine Risiken durch die flächendeckende Nutzung elektro-magnetischer Strahlung gäbe, wissenschaftlich belegen. Aus Vorsorgegründen sollte die Bundesregierung dem Beispiel Schweiz folgen und eine Absenkung der Grenzwerte aller Mobilfunksendeanlagen vor dem weiteren Ausbau um mindestens 90 Prozent veranlassen.

September 2020

Geschrieben von Martin Silber um 12:47